

**Antrag 162/I/2024****KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 160/I/2024 (Konsens)****Wehrhafte Demokratie: alle rechtsstaatlichen Mittel gegen die AfD nutzen**

1 Die Berliner SPD-Abgeordneten in Abgeordnetenhaus und  
2 Bundestag sowie die SPD-Mitglieder in Senat und Bundes-  
3 regierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, al-  
4 le rechtsstaatlichen Mittel in der Auseinandersetzung mit  
5 der sogenannten „Alternative für Deutschland (AfD)“ zu  
6 nutzen.

7 Im dringenden Bestreben, demokratische Werte und In-  
8 stitutionen zu verteidigen und unser Land vor extremis-  
9 tischen Bedrohungen zu schützen, sollen:

- 10 • ein Prüfverfahren zum unmittelbaren Verbot der  
11 AfD-Bundespartei eingeleitet werden,
- 12 • gegenüber den sozialdemokratischen Innenminis-  
13 ter\*innen der Länder Prüfverfahren zu gesonderten  
14 unmittelbaren Verboten der AfD-Landesparteien  
15 angestrengt werden, in denen die AfD als „gesichert  
16 rechtsextrem“ gilt,
- 17 • ein Vereinsverbot der Jugendorganisation „Junge  
18 Alternative“ angestrengt,
- 19 • die staatliche Parteienfinanzierung der AfD entzo-  
20 gen,
- 21 • sowie eine detaillierte Untersuchung bezüglich der  
22 Grundrechtsverwirkung einzelner AfD-Funktionäre  
23 eingeleitet werden.

24  
25 Diese umfassenden Maßnahmen sind entscheidend, um  
26 die demokratische Staatsordnung zu bewahren und ex-  
27 tremistischen Einflüssen auf verschiedenen Ebenen ent-  
28 gegenzuwirken. Die AfD darf nicht in die Position ge-  
29 langen, ihre spalterische, demokratiefeindliche, rassisti-  
30 sche, fremdenfeindliche und antisemitische Programma-  
31 tik mit staatlichen Mitteln, Positionen, Ressourcen um-  
32 und durchzusetzen.

33

**34 Begründung**

35 Nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Besorgnis erregen-  
36 den Radikalisierungsentwicklungen innerhalb der AfD,  
37 wie dem Treffen von Parteimitgliedern im November 2023  
38 zur Planung von Massendeportationen, wird die Einlei-  
39 tung eines AfD-Verbots-Prüfverfahrens und die Hinzuzie-  
40 hung weiterer rechtsstaatlicher Mittel immer dringlicher.  
41 Diese schockierenden Vorfälle unterstreichen die Gefahr  
42 extremistischer Bestrebungen innerhalb der Partei, die  
43 unserer demokratischen Grundordnung diametral entge-  
44 genstehen. Die obigen rechtsstaatlichen Mittel der wehr-  
45 haften Demokratie und in letzter Konsequenz somit auch  
46 ein Parteienverbot sind der notwendige Schutzmechanis-  
47 mus, um die Integrität unserer demokratischen Institutio-

48 nen zu bewahren und extremistische Einflüsse einzudäm-  
49 men. Eine Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaat  
50 von innen muss verhindert werden.